

## Lärmschutz an der ICE-Trasse

Ausschuss verweist den CDU-Antrag in den Gemeinderat

**Der Antrag der CDU-Fraktion, einen „runden Tisch“ mit Vertretern der Stadt, des Gemeinderates, der Bahn und der Region einzurichten, um das Problem der großen Aushubmengen beim Bau der Neubaustrecke zu klären, wurde vom Ausschuss für Technik und Umwelt in den Gemeinderat verwiesen.**

---

VON CHRISTA ANSEL

---

**WENDLINGEN.** Die CDU-Fraktion im Wendlinger Gemeinderat fordert, die Lösung der Frage, wohin mit dem Aushub beim Bau der Neubaustrecke, nicht dem Markt zu überlassen. Die Beeinträchtigung der Bürger durch zu erwartenden Lkw-Verkehr müsse so weit wie nur möglich reduziert werden. Es müsse auch im Interesse der Bahn sein, hier für eine Lösung zu sorgen, „vor allem vor dem Hintergrund, dass der Stresstest und dessen Erkenntnisse weitere Belastungen für Wendlingen mit sich bringen werden“.

Die Verwaltung hatte zum CDU-Antrag ausführlich Stellung genommen. Bereits in der Vergangenheit habe die Stadt der Bahn vorgeschlagen, den vor allem beim Tunnelbau zwischen Wendlingen und Lindorf anfallenden Abraum für die Verlängerung beispielsweise des Lärmschutzwalls am Baugebiet Steigäcker zu verwenden. Das würde die Lärmbelästigung durch die Abfuhr erheblich verringern.

Eine solche Verlängerung setze allerdings voraus, dass die Eigentümer der dafür benötigten Grundstücke einverstanden seien. Das Projekt sei mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden. Zumal die Stadt auch für die Kosten des Baus, der Bepflanzung und der laufenden Unterhaltung eines solchen Lärmschutzwalls aufzukommen habe.

Stadtrat Walter Heilemann (CDU) mochte die Reaktion der Verwaltung so nicht stehen lassen. Sarkastisch meinte er, alles was Mühe mache oder Unbehagen bereite, lasse man in Wendlingen lieber bleiben. Stadtrat Gerd Happe (CDU) besänftigte und bat darum, mit der Bahn den Start der Neubau-Maßnahmen genauso zu klären wie den Ablauf des zu erwartenden Szenarios.

Stadtrat Werner Kinkelin (Freie Wähler) erinnerte an die Reaktion der Landwirte und ihres Verbandes auf Kirchheimer Markung, wo eine solche Lösung vehement abgelehnt wurde. Es sei auch nicht vertretbar, dass die Bahn der Kommune die Kosten für den Lärmschutzwall aufdrücke. Sein Antrag, einen Beschluss zum Thema zurückzustellen und die Problematik im Gemeinderat neu zu behandeln, fand die Zustimmung des Ausschusses für Technik und Umwelt.